



Niederschrift

Finanzausschuss

19. Wahlperiode - 72. Sitzung

am Donnerstag, dem 12. März 2020, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Stefan Weber (SPD) Vorsitzender
Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)
Tobias Koch (CDU)
Volker Nielsen (CDU)
Ole-Christopher Plambeck (CDU)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Beate Raudies (SPD)
Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Annabell Krämer (FDP)
Jörg Nobis (AfD)
Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrages zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020	4
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/2023	
2.	Faire Besteuerung für digitale Geschäftsmodelle sicherstellen	7
	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1697	
3.	Information/Kenntnisnahme	8
	Umdruck 19/3650 - Waldorfschulen Umdruck 19/3660 - Verwaltungsvereinbarung sozialer Wohnungsbau Umdruck 19/3679 - Stabilitätsrat vertraulicher Umdruck 19/3661 - Schienenverkehr, XMU	
4.	Verschiedenes	9

Der Vorsitzende, Abg. Weber, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, Umdruck 19/3661 (Schienenverkehr XMU) im Sinne des § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten.

1. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrages zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/2023](#)

hierzu: Umdrucke [19/3628](#), [19/3659](#), [19/3674](#), [19/3675](#), [19/3676](#),
[19/3677](#), [19/3680](#), [19/3686](#), [19/3689](#), [19/3690](#),
[19/3695](#)

Finanzministerin Heinold führt in den Nachtragshaushalt inklusive der Ergänzung des Haushaltsgesetzes im Zusammenhang mit der Corona-Krise (Umdruck 19/3659) ein.

Auf Fragen von Abg. Plambeck sagt sie zu, dass die zusätzlichen Mittel für Investitionsförderungen zum Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder in Einrichtungen und Tagespflege (insgesamt 40 Millionen €) auf Antrag der Kreise und kreisfreien Städte bereits in diesem Jahr ausbezahlt werden könnten. Für Maßnahmen der Neuwaldbildung durch die Schleswig-Holsteinischen Landesforsten werde eine Summe von 2 Millionen € zur Verfügung stehen. Sie schlägt vor, im Haushaltsplan bei Titel 1314-891 01 - an die Schleswig-Holsteinische Landesforsten für Maßnahmen der Neuwaldbildung - die Erläuterung wie folgt zu fassen:

„Auf Antrag des MELUND wird das Finanzministerium Reste in Höhe von 2 Millionen € freigeben für Maßnahmen der Neuwaldbildung durch die Schleswig-Holsteinischen Landesforsten. Die Deckung erfolgt aus Titel 1111-971 06.“

Abg. Raudies bringt den Änderungsantrag der SPD, Umdruck 19/3695, ein. Die SPD schläge vor, die ersten 10 Millionen € der vorgesehenen fast 40 Millionen € zusätzlicher Investitionsmittel für Kindertagesstätten bereits in diesem Jahr auszubringen. Sie fragt die Landesregierung, wann sie nähere Angaben zu den finanziellen Folgen der Corona-Krise machen könne (Umdruck 19/3659).

Ministerin Heinold bietet an, gemeinsam mit dem Sozialministerium über die finanziellen Folgen der Corona-Krise zu berichten. Im Hinblick auf die zusätzlichen Kita-Investitionsmittel schlägt sie vor, im Haushaltsplan bei Titel 1610-883 02 - Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für Investitionsförderungen zum Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder in Einrichtungen und Tagespflege - die Bemerkung um folgenden zweiten Satz zu ergänzen:

„Diese Mittel können unabhängig von der Veranschlagung der Verpflichtungsermächtigungen ab 2020 bedarfsgerecht ausgezahlt werden nach § 8 Absatz 14 Haushaltsgesetz 2020.“

Abg. Plambeck und Koch bekräftigen das Ziel der Koalition, dass überall dort, wo Kita-Baumittel benötigt würden, diese sofort zur Verfügung stünden und schnellstmöglich abfließen könnten.

Auf weitere Nachfragen zur Kita-Finanzierung teilt Frau Buruck, Mitarbeiterin im Kita-Referat des Sozialministeriums, mit, die Förderrichtlinie werde überarbeitet und solle bis 2024 gelten (Zeitpunkt der Evaluation der Reform des Kita-Gesetzes). Die Summe von 40 Millionen € werde auf die Kreise, die kreisfreien Städte und die Stadt Norderstedt aufgeteilt. Wenn die Richtlinie veröffentlicht sei, würden Bescheide erstellt, jeder Kreis bekomme seinen Verfügungsrahmen zugewiesen und wisse, in welcher Höhe er Maßnahmen umsetzen könne.

Abg. Raudies befürchtet, dass durch die neuen Förderrichtlinien Kreise mit einem Bevölkerungszuwachs benachteiligt würden.

Abg. Harms begrüßt den Nachtragshaushalt, insbesondere das Programm zum Einbruchschutz, und unterstützt auch wesentliche Punkte des SPD-Änderungsantrags.

Abg. Koch spricht sich dafür aus, die Kita-Mittel im Rahmen der bestehenden Förderrichtlinie auszuzahlen und die Summe von 40 Millionen € nicht als Verpflichtungsermächtigungen, sondern als Ansatz für das laufende Haushaltsjahr zu veranschlagen.

Frau Heinrich, Haushaltsbeauftragte des Sozialministeriums, erwidert, man habe die Erfahrung gemacht, dass die Haushaltsmittel nicht so schnell abfließen wie erwartet. Man habe die

gesetzlichen Voraussetzungen, dass die Mittel so schnell abfließen könnten, wie es erforderlich sei.

Abg. Koch fragt, ob die Kreise ihre anteilige Fördersumme nach Verabschiedung des Nachtragshaushalts erhalten könnten. - Frau Heinrich bejaht diese Frage.

Ministerin Heinold macht noch einmal darauf aufmerksam, dass das Finanzministerium die Haushaltsmittel nach bestem Wissen und Gewissen und nach den Grundsätzen von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit veranschlage und Haushaltsansätze nicht zu großzügig kalkuliere, um nicht Probleme mit Negativzinsen zu bekommen.

Vom SPD-Änderungsantrag, Umdruck 19/3695, werden die Punkte, 2, 5, 8 und 9 mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt und die restlichen Punkte gegen die Stimmen der SPD mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Die Ergänzung des Haushaltsgesetzes, Umdruck 19/3659, wird einstimmig angenommen.

Die Ergänzung der Bemerkung zu Titel 1610-883 02, wie von der Finanzministerin vorgeschlagen, wird mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW bei Enthaltung von SPD und AfD angenommen.

Die Neufassung der Erläuterung zu Titel 1314-891 01, wie von der Finanzministerin vorgeschlagen, wird einstimmig angenommen.

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der AfD bei Enthaltung der SPD empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Nachtragshaushalt, Drucksache 19/2023, mit den beschlossenen Änderungen anzunehmen.

2. **Faire Besteuerung für digitale Geschäftsmodelle sicherstellen**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/1697](#)

(überwiesen am 11. Dezember 2019)

hierzu: Umdrucke [19/3558](#), [19/3576](#), [19/3596](#), [19/3597](#), [19/3598](#),
[19/3602](#), [19/3604](#), [19/3605](#), [19/3606](#), [19/3607](#),
[19/3627](#), [19/3638](#)

Finanzministerin Heinold sagt zu, den Finanzausschuss über den Stand der Beratungen fortlaufend zu unterrichten.

Der Finanzausschuss wird den Antrag zu gegebener Zeit auf die Tagesordnung setzen.

3. Information/Kenntnisnahme

Umdruck [19/3650](#) - Waldorfschulen

Umdruck [19/3660](#) - Verwaltungsvereinbarung sozialer Wohnungsbau

Umdruck [19/3679](#) - Stabilitätsrat

vertraulicher Umdruck [19/3661](#) - Schienenverkehr, XMU

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zu Kenntnis.

Zu Umdruck 19/3650 - Wirtschaftsführung und Finanzlage der Waldorfschulen - sagt Herr Jürgensen, Haushaltsbeauftragter des Bildungsministeriums, zu, den Finanzausschuss über die Ergebnisse der Gespräche zwischen Ministerium und Landesarbeitsgemeinschaft beziehungsweise Geschäftsführer der Waldorfschulen zu informieren.

4. Verschiedenes

a) Auf Vorschlag von Abg. Petersdotter vereinbart der Finanzausschuss, sich in einer Sondersitzung am Rande des März-Plenums mit den finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise zu befassen.

b) Abg. Raudies bittet das Wirtschaftsministerium um einen Bericht zur Situation der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft.

c) Finanzstaatssekretärin Dr. Schneider informiert kurz über die geplante Rechtsverordnung zur Schuldenbremse und sagt zu, dem Finanzausschuss den Text der Verordnung zuzuleiten.

d) Herr Augustin, Leiter des Hanse-Office in Brüssel, erläutert den Programmentwurf der geplanten Informationsreise des Finanzausschusses nach Brüssel vom 7. bis 10. Juni 2020.

Der Vorsitzende, Abg. Weber, schließt die Sitzung um 11:50 Uhr.

gez. Stefan Weber
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer